

Die **Volkstimme** erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.  
Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Neue Welt):  
Fr. Hagelweide, Magdeburg.  
Für den Inseratenteil:  
Carl Sankau, Magdeburg.  
Verlag von R. Sarhauer, Magdeburg-Neustadt.  
Geschäftsst.: Schmiebehoffstr. 5/6  
Druck von E. Arnoldt, Magdeburg

# Volkstimme

Pränumerando zahlbar  
Abonnementpreis:  
Vierteljährl. inkl. Bringerlohn 2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.  
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.  
Bei den Postanstalten 2,50 Mk. inkl. Bestellgeld.  
Eingeweichte Nummern 5 Pf.  
Sonntags-Nummer 10 Pf.  
Zeilungsliste Nr. 7242  
Inserationsgebühr 15 Pf.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt I.

## Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volkstimme: Die Neue Welt (12 Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 129.

Magdeburg, Freitag, den 5. Juni 1896.

7. Jahrgang.

### Herr Vielhagen will nicht mehr mitthun.

Aus der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch ist der antisemitische Abg. Vielhagen ausgetreten. Er hat seinen Entschluß seiner Fraktion in einem Schreiben mitgeteilt, in dem er sich entschieden gegen die Durchpeitschung der Vorlage erklärt und die Verantwortung für eine weitere Thätigkeit ablehnt, weil er meine, daß bei dem Umfang und der Bedeutung des Entwurfs eine eingehendere Prüfung gerade von Seiten der Volksvertretung erforderlich ist, als dies bei dem beschleunigten Gange der Beratungen möglich war. Von allen andern Momenten abgesehen, müßte doch mit Rücksicht auf die Mitglieder der Kommission, die zu einer gründlichen Prüfung nicht die Zeit haben konnten, eine längere Pause zwischen der ersten und zweiten Lesung erwünscht sein.

Aber Herr Vielhagen hat noch andere Gründe. Er sagt darüber in dem erwähnten Schreiben: „Für mich persönlich tritt die Anschauung hinzu, daß wir vor einer Aenderung der wirtschaftlichen Ordnung stehen, hauptsächlich in der Richtung einer Einschränkung der Freiheit auf dem Gebiete des Erwerbslebens. Ich werde dabei wohl kaum ausdrücklich hervorheben müssen, daß ich weder an die Träume der Sozialdemokratie, noch an die nicht minder gewaltsame Art der Regelung, die die Regierung jetzt begonnen hat, denke. Ein ruhiger Uebergang im Wege der Reformen würde aber wesentlich erschwert, wenn die älteren Anschauungen, namentlich die der liberalen Ära, erneut festgelegt würden. Freilich vermag ich so wenig, wie wohl ein anderer, den Weg, den die Aenderung nehmen kann, anzugeben. Ich bin aber der Ansicht, daß in den am Erwerb beteiligten Kreisen, wenn auch nicht begrifflich festgestellte Ideen darüber, so doch dunkel das Gefühl, was geschehen müßte, obwaltet. Sollte sich dasselbe nicht, wie ich erhoffe, an dem Entwurf, sobald er in weiteren Kreisen bekannt wird, klarer zum Durchbruch bringen und damit den gesetzgebenden Faktoren einen wertvollen Fingerzeig bieten, so halte ich es doch für eine unabwiesbare Pflicht, einen Versuch wenigstens dazu zu machen.“

Wir stimmen hier ausnahmsweise einmal mit Herrn Vielhagen in einigen Punkten überein. Einmal darin, daß die eingehendere Prüfung der Vorlage ein dringendes Erfordernis ist. Ob aber der Rückzug aus der Kommission der richtige Weg ist, diese eingehendere Prüfung zu erzielen, muß sehr als fraglich erscheinen. Müßte ein neues Mitglied in die Kommission ein, so wird dieses, weil es sich erst orientieren muß, sehr viel weniger Einfluß in der gewünschten Richtung üben können. Die Furcht vor der Verantwortlichkeit macht deshalb auch einen recht sonderbaren Eindruck. Die Verantwortung haben die Parteien zu tragen, welche die vernünftige Ausgestaltung des Gesetzes nach den sozialen Bedürfnissen der Gegenwart hindern.

Freilich besteht ja zwischen Herrn Vielhagen und uns ein wesentlicher Unterschied der Auffassung über diese Bedürfnisse. Im Einverständnis mit ihm sind wir nur darüber, daß wir vor einer Aenderung der wirtschaftlichen Ordnung stehen. Er hätte auch nicht erst zu versichern brauchen, daß er nicht an die „Träume der Sozialdemokratie“ denkt; nur ist aber, daß er von der „nicht minder gewaltsamen Art der Regelung, die die Regierung jetzt begonnen hat“, nichts wissen will. Bisher haben die Antisemiten kräftig mitgeholfen an der Einschränkung der Freiheit auf dem Gebiete des Erwerbslebens, wie sie von der Regierung und den anderen reaktionären Parteien durch die Gewerbenovelle, Gesetz über den unlauteren Wettbewerb, Margarinegesetz zc. betrieben wird.

Wenn Herr Vielhagen da nun plötzlich nicht mehr mitthun will, so bleibt ihm, da er auch die grundsätzliche Neuorganisation der Gesellschaft, die die Sozialdemokratie fordert, verdammt, nur das dunkle Gefühl, daß irgend etwas geschehen müsse; aber er weiß nicht was. Mit diesem dunklen Gefühl läßt sich aber schlecht operieren. Und da ist es denn wohl das Geschickteste, was Herr Vielhagen thun konnte, daß er sich zurückzog, sonst hätte er sich mit seinem dunklen Gefühl noch eiliche — gewaltige Blamagen zuziehen können.

### Politische und volkswirtschaftliche Uebersicht.

**Auch ein Beitrag zum Vereinsgesetz.** Aus Cöslin schreibt man der Liberalen Correspondenz: Der Herr Landrat v. Eysenhardt-Rothe hat im Einverständnis mit dem Regierungspräsidenten v. d. Rede Ende November v. J. auf Grund einer Regierungs-Verordnung, Cöslin d. d. 7. Dezember 1895 (Amtsblatt Seite 457): „Zur Abhaltung einer Hauskollekte ist die Genehmigung des Oberpräsidenten und außerdem die Bescheinigung der Ortspolizeibehörde, daß der Abhaltung der Kollekte nichts entgegensteht, erforderlich“ gegen ein Mitglied des Wahl-

vereins der Liberalen Strafantrag gestellt, weil dasselbe bei Parteifreunden Mitglieder für jenen Verein warb. Als bei der Vernehmung auf den Artikel 17 des Reichstagswahlgesetzes und auf dieselbe Agitation des „Bundes der Landwirte“ hingewiesen wurde, ist die Voruntersuchung eingestellt worden. Glückliche Menschen diese Liberalen. —

**Begnadigt.** Die beiden Polizei-Sergeanten Wienel und Schulz aus Ostrow, welche kürzlich wegen schwerer Mißhandlung eines verhafteten Bäckers zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt wurden, sind, nachdem das Reichsgericht die Revision derselben verworfen, vom Kaiser insofern begnadigt worden, als diese Strafe in eine Geldstrafe von 150 Mark für jeden derselben umgewandelt worden ist. Wienel hat diesen Begnadigungsakt nicht mehr erlebt, da er, wie seinerzeit berichtet wurde, vor kurzem Selbstmord verübt hat. —

**Aus Neu-Muppin** wird vom Mittwoch mittag telegraphiert: Das bisher bekannt gewordene Resultat der gestrigen Stichwahl im Reichstagswahlkreise Muppin-Templin ergiebt für Vessing (frei.) 7093 und für v. Arnim (kons.) 4216 Stimmen. In der ersten Wahl hatten erhalten: v. Arnim 7136, Vessing 4730 Stimmen. Vessing hat also bis jetzt bereits 2363 Stimmen gewonnen. —

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete **Professor Paasche**, ehemals Mitglied der Sezeßion, dann durch seine agrarisch-kapitalistischen Wahl-Gezerränge und als Agent der Zuckerbarone berufen, sprach in Hildburghausen in einer von dem Reichsverein einberufenen Versammlung über die Thätigkeit des Reichstages. In der Diskussion erklärte der thüringische Vertreter des Bundes der Landwirte, Herr Bissinger, daß der Bund der Landwirte Herrn Professor Paasche seine Zufriedenheit mit seinem bisherigen Wirken und volles Vertrauen für die Zukunft ausspreche. Den Ausdruck des Herrn Bissinger: Herrn Paasche sei es gelungen, die nationalliberale Partei zu einer agrarischen zu machen, „wies“ der bescheidene Paasche zwar „zurück“, aber in der That ist er samt seinen Kollegen nur ein Kuli der Agrarier. —

**Vom konfessionellen Kriegsschauplatz.** Eine merkwürdige That wird von einer der Gilbertinseln (bei Neu-Guinea, deutsches Schutzgebiet), von der Kölnischen Zeitung, also einer unverdächtigen Quelle, berichtet. Die Evangelischen haben dort den Katholiken die Kirche in Brand gesetzt, wobei auch die übrigen Missionsgebäude ein Raub der Flammen wurden. Der bald darauf nach der Insel gekommene englische Kommissar Swayne beschränkte sich darauf, den katholischen Missionsbrüdern den lakonischen Rat zu geben, ihre Wohnhäuser nicht unmittelbar neben der (evangelischen) Kirche zu bauen. Zwar sind aus religiösen Gründen schon die langwierigsten und blutigsten Kriege angefangen und geführt worden (z. B. der 30jährige Krieg, der zur höheren Ehre der Kirche nahezu ganz Deutschland verwüstet hat), aber das war früher. Jedenfalls ist es scandalös, daß es jetzt noch zum Verbrennen von öffentlichen Gebäuden kommt, selbst wenn dies „weit hinten“ auf den Gilbertinseln geschieht.

Ein vor wenig Jahren als Sachwalter der evangelisch-sozialen Bewegung vielgenannter Geistlicher, **Pfarrer Göhre** in Frankfurt a. O., der Verfasser der bekannten Schrift: Drei Monate Fabrikarbeiter, nimmt nun auch Stellung zu dem Hinterpeter-Telegramm. Nach seiner Ansicht gehört der Pfarrer in die Agitation nicht hinein. Der Geistliche solle, wo möglich, Menschen, die Sozialpolitik die wirtschaftlichen Verhältnisse besser machen. Es leuchte ein: auch dieses grundverschiedene Arbeitsziel trenne den Geistlichen von jeder ernsthaft arbeitenden sozialpolitischen Partei. Früher klang es anders. —

Kreuzzeitung und ultramontane Kölnische Volkszeitung liegen sich wieder einmal in den Armen und weinen über die „gottlose“ **Lehrerschaft**, die in Hamburg versammelt war. Beide stehen in schöner Rührung den preussischen Kultusminister an um ein sogenanntes „christliches Volksschulgesetz“. —

### Oesterreich-Ungarn.

Repressionen gegen das deutsche Zuckersteuergesetz in Oesterreich.

In Wien hat Finanzminister Dr. v. Bilinski in einer Konferenz von parlamentarischen Parteiführern am Dienstag erklärt, er werde wahrscheinlich am Freitag einen Gesetzentwurf auf Erhöhung der Zucker-Ausfuhrvergütungen, welcher Sonnabend durchzubraten wäre, vorlegen. Ohne daß der Prämiensatz direkt geändert wird, sollen die Prämien dadurch bedeutend erhöht werden, daß die Höchstleistung des Staates von 5 auf 9 Millionen Gulden hinaufgesetzt wird. —

### Rußland.

Ueber die Ursache der Moskauer Katastrophe schreibt der Moskauer Korrespondent der Kölnischen Zeitung wie folgt: Nachdem sämtliche ausländischen Depeschen unter

Censur gestellt sind, werde behauptet, mit dem Werfen der Espakete hätten die Wagenführer keinen Scherz, vielmehr einen bewußten Zweck verfolgt, um das Volk zum Ansturm, zum Ausrauben der Wagen zu reizen, um den großen Fehlbetrag bei der Gesamtlieferung der Festbelästigung verbergen zu können. Den nach Brot und Wasser verlangenden Leuten wurde beim Herannahen des Wagenzuges zugerufen: „Da kommt, was der Kaiser uns für heute zugebacht; holen wir es uns!“ Darauf sei die Katastrophe sogleich erfolgt. Die ungeheuren Menschenopfer wären also mittelbar dem System der Spitzbuberei zum Opfer gefallen, das nicht bloß in Rußland bei Staatslieferungen herrscht, im Reiche des Zaren, wo alles, vom Herrn Senator und General bis zum Nachtwächter, Gendarmen und Steuerernehmer auf Kosten des Volkes stiehlt und stehlen läßt, freilich zur äppigsten Blüte emporgediehen ist. „Väterchen“ läßt Hunderttausende zu „Brot und Spielen“ zusammenreißen, wie einst die Pharaonen die Beibehlenen zum Baue der Pyramiden, um den Ruhm des persönlichen Regiments zu stärken, und dann stürzen sich die Ausgeier der Korruption auf die frohdende Masse, auf den hungrigen, auf Almosen dressierten Haufen. Parismus und Panamismus verbrüdern sich, und Tausende verwenden, zur höheren Ehre der Krone. —

### In der Reihe von Festlichkeiten

folgte am Dienstag nachmittag auf dem Chodinsky-Felde die Kirchenparade vor dem Kaiser, welche ganz in der herkömmlichen Weise verlief. Abends wurde ein Festmahl beim österreichisch-ungarischen Botschafter Prinzen Flechtenstein und danach ein großer Ball im Adelsklub abgehalten.

### England.

Zur Lager von Aldershot erschoss am Donnerstag der 19jährige Soldat Samuel Edward Smith vom kgl. Schützen-Regiment in seiner Kaserne seinen Unteroffizier Robert Payne. Dieser hatte Smith gemeldet, weil seine Uniform schmutzig war. Payne teilte ihm mit, daß er vor den Hauptmann gebracht und dafür bestraft werden würde. Smith gab ihm eine freche Antwort und als der Corporal mit den übrigen Soldaten am Donnerstag morgen mit Kartoffelschalen beschäftigt war, trat Smith plötzlich hinter ihn und schoß ihm eine Kugel von hinten in den Kopf unter dem rechten Ohr. Payne starb nach einer Minute. Der Mörder wurde den Etwilgerichten überwiesen. —

### Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

#### Intend.

\* Ganz im stillen bereitet sich in Leipzig eine Organisation der **Eisenbahnarbeiter** vor. Den Anstoß hierzu gab die Art und Weise, wie die neue preussische Eisenbahndirektion Halle sich ihrer sozialen Pflicht den Arbeitern gegenüber zu erledigen gedachte. Sie hatte einen Lohnetat aufgestellt, der eine Verschlechterung der Löhne der preussischen Eisenbahnarbeiter in Leipzig bezweckte. Der bisherige Mindestlohn sollte von 2.20 auf 2.10 Mk. pro Tag reduziert werden und der Höchstlohn von 2.50 Mk. pro Tag anstatt wie bisher in 10 Jahren, erst nach 15 Jahren erreicht werden. Demgegenüber war für die Eisenbahnarbeiter in Halle ein Mindestlohn von 2.20 Mk. und ein Höchstlohn von 2.60 Mk. vorgesehen. Am 25. April wandten sich deshalb 721 Eisenbahnarbeiter in Leipzig in einer Petition an die Eisenbahndirektion Halle und verlangten mit Rücksicht auf die ungünstigen Lebens-, Wohnungs- und Steuerverhältnisse in Leipzig eine Lohnerhöhung von 25 Proz. und einen Höchstlohn von 3 Mk. pro Tag. Vorläufig ist ihnen auf eine erneute energische Anfrage nur der Lohn vorläufig soweit erhöht worden, daß sie mit den Arbeitern in Halle gleichstehen. Die Lohnbewegung ist zur Schaffung einer Organisation benutzt worden und soll sich über ganz Deutschland erstrecken, d. h. wenn sie nicht von der Behörde im Keime erdrückt wird. Diese Lohnbewegung ist auch ein Beweis, wie man bestrebt ist, die staatlichen Betriebe als „Musterbetriebe“ auszubilden. — Die **Glasergehilfen** in Leipzig und im Amtsbezirk Meißen streiken. — In dem **Smalle-Werk** von Büttmann und Co. in Schwelm ist ein partieller Streik der Brenner und Aufträger ausgebrochen. — Die **Schmiede** in Stuttgart haben über einen weiteren günstigen Verlauf ihrer Lohnbewegung zu melden, daß die Zahl der Streikenden auf 30 gesunken ist und weitere Bewilligungen in Aussicht stehen. — Die Lohnbewegung der **Cannstatter Malergehilfen** ist zu deren Gunsten beendet. Die ursprünglich aufgestellten Forderungen wurden etwas reduziert und in dieser Form von sämtlichen Prinzipalen bewilligt. — Der Streik der **Zimmerleute** bei Ernst Kirchner in Calw ist beendet zu Gunsten der Arbeiter. — Der Ausstand der **Maurer** in Köln endete mit einem Siege der Arbeiter. Der Maurerstreik in Dortmund greift immer weiter um sich. Die Maurer in Gonsenheim bei

Manz stehen vor dem Streik. Die Maurer von Lugano haben am Montag die Arbeit niedergelegt. — Der Streik der Formner in der Landesmaschinenfabrik in München ist beendet. Die Betriebsleitung ließ sich zu nachstehenden Zugeständnissen herbei: Einführung des zehnstündigen an Stelle des bisher elfstündigen Arbeitstages in der ganzen Fabrik, 20 Pfg. Lohnhöhung pro Mann und Tag für alle im Betriebe beschäftigten Arbeiter, circa 300 Mann ausschließlich der Tagelöhner, welche jüngst um 10 Pfg. pro Tag aufgebessert wurden, Einstellung sämtlicher 28 Streitenden, Einführung der geforderten Lohnzettel und Hintanhaltung jeglicher Maßregelung. — Der Streik in der Schuhfabrik von B. Görber u. Co. in Arnstadt dauert fort. Ausständig sind noch 34 Mann mit 70 Kindern. Die Streitenden appellieren an das Solldaritätsgefühl der Arbeiter. —

**Ausland.**

Die ausländigen **Perlmutterdrehler** in Wien haben beschloffen, den Streik vorberhand einzustellen und, so lange nicht genügende Bestellungen zu den neuen Preisen vorliegen, drei Tage in der Woche bei neunstündiger Arbeitszeit zu arbeiten. — In **Krafsau** streiken, wie eine Privatdepesche meldet, 2000 **Ziegelarbeiter**. — Ueber die **Streiks in Frankreich** im Jahre 1895 veröffentlicht das amtliche Bulletin de l'Office du Travail eine Zusammenstellung. Danach fanden im Jahre 1895 in Frankreich 405 Streiks statt, die 45 801 Streikende (35 787 Männer, 8331 Frauen und 1683 junge Leute) aus 1258 Etablissements (darunter 35 Aktiengesellschaften mit 9689 Streikenden) betrafen. Für 403 Streiks ist das Ergebnis festgestellt: 28.81 Prozent endeten mit dem Erfolg der Arbeiter, 29.03 Prozent mit einem Vergleich und 46.16 Prozent gingen verloren. Die größte Zahl der Streiks betraf ein Etablissement allein, 30 betrafen 2-5 Etablissements, 20 umfaßten die Arbeiter von 6-10 Anlagen, 27 diejenigen von 11-25 und 8 dehnten sich gleichzeitig auf 26-30 Anlagen aus. 104 Ausstände dauerten nur einen Tag und weniger, 276 nur eine Woche und weniger. Die Forderung einer Lohnhöhung oder Widerstand gegen eine Lohnherabsetzung sind auch im letzten Jahre die Hauptmotive zur Arbeitsniederlegung gewesen, nämlich bei 62.47 Prozent der Ausstände; dann kommen die Personenfragen (Wiedereinstellung Gemäßigter, Forderung der Entlassung von Arbeitern und Aufseher) als Streitursachen bei 85 Ausständen. Wegen Verstärkung der Arbeitszeit wurde in 49 Fällen gestreikt, wobei in 14 Fällen eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden, in 8 Fällen von 11 auf 10 Stunden, in 4 Fällen von 12 auf 10 Stunden erreicht wurde. —

**Aus den Gerichtssälen.**

§ **Magdeburg.** (Landgericht.) Die verheiratete Kaufmann Marie Ketzdorf, geb. Schlübbe, aus Berlin, geboren 1851, wurde wegen **Diebstahls** zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. — Der 13 Jahre alte Schulknabe Hermann M. hier holte am 21. März d. J. aus dem Laden des Konsumvereins in der Blaubellstraße ein Brot und **rahl** gelegentlich dabei aus einem auf dem Boden stehenden leinernen Beutel **eine Rolle mit 1000 Mark in Gold**. Den Angeklagten traf 4 Wochen Gefängnis. — Der Versicherungsagent Maxim Wrotzek, hier, geboren 1855, **veruntreute** in vier Fällen etwa 70 Mark Prämiengehalt, die er im Auftrage eines Subdirektors für den Allgemeinen deutschen Versicherungsverein Stuttgart eingezogen hatte und verbrauchte das Geld für sich. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 3 Wochen Gefängnis. — In nichtöffentlicher Sitzung wurde der **Haarergestellte** Rob. Scherer zu Schneebach, geboren 1877, wegen **Sittlichkeitsverbrechen** mit 9 Monaten Gefängnis bestraft. — Der Arbeiter Christoph Riede zu Althalbenseben, geboren 1849, entwendete aus einer Garnmiete eine Kiste voll Kohlrüben und erhielt wegen **Diebstahls** im wiederholten Rückfalle 3 Monate Gefängnis. —

§ **Grurt.** (Der Fall Wiffner.) Der Wiffner'sche Meineidsprozess zieht immer weitere Kreise und gestaltet

schon heute einen erschreckenden Einblick in das seitherige Treiben des gewissenlosen Mannes, der augenscheinlich eine ganze Anzahl Personen mit ins Verderben zieht. Neuerdings ist auch eine Magd gefänglich eingezogen worden, die eingestanden hat, von dem Gutsbesitzer Wiffner zum Meineid verleitet worden zu sein. Interessant sind einzelne Momente aus dem Geständnisse dieses 24 Jahre alten Mädchens. Danach hat Wiffner seinen „Zeugen“ vor der jedesmaligen Gerichtsverhandlung die Mahnung zu teil werden lassen: „Stehst fest und versprecht euch nicht! Ich werde dann die Sache schon besorgen!“ Aber nicht bloß seine Diensthofen, auch seine Familienangehörigen haben, von ihm verführt, wissenfich falsch geschworen, und nun beginnt auch über die letzteren das Verhängnis hereinzubrechen. Gestern abend wurde der Sohn Wiffner's, ein Reserve-Kavallerieoffizier, unter dem Verdachte des wissentlichen Meineides in Haft genommen. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Das Aller schlimmste bei der Sache ist die Thatsache, daß die sämtlichen Meineide reiner Lappalien wegen geleistet wurden. Wiffner, ein ungemein freit- und prozessüchtiger Mann, pflegte auch die unbedeutendsten Sachen durch alle möglichen Instanzen zu verfolgen; er wurde dadurch zur faktischen Geißel der ganzen Gegend, deren Bewohnerschaft nunmehr aufzuatmen beginnt. — Im Anschluß hieran erzählt die Saale-Zeitung, daß inzwischen noch eine weitere Verhaftung erfolgte, indem am Sonnabend die ledige Ottilie Wigger, die bei Wiffner auch in Diensten stand, in Untersuchungshaft genommen wurde. Gegenwärtig befinden sich in dem Falle Wiffner bereits 6 Personen in Untersuchungshaft und zwar: Wiffner sen., Wiffner jun., die Magde Lisette Jäger aus Benschhausen und jetzt verheiratete Anna Witter geb. Koch aus Remstedt bei Gortha, dann die Knechte Emil Karow aus Driestien (Kreis Friedberg) und Reinhold Jlich (zur Zeit Soldat im 71. Infanterie-Regiment) aus Christes bei Suhl. Eine dritte Magd, Christine Geißel aus Christes, steht ebenfalls im Verdachte des Meineids. Möglich ist, daß auch noch die Frau Friedrich Wiffner's in diesen Strafprozess mit verwickelt wird. —

§ **Nürnberg.** (Sittlichkeitsverbrechen.) Der seines Postens enthobene Forstmeister Heldrich von Faucht wurde wegen fortgesetzter Sittlichkeitsverbrechen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. —

**Tages-Chronik.**

Magdeburg, 4 Juni 1896.

— **Nebenbehaft.** Wir hatten jüngst in Vorschlag gebracht, daß sich in unseren Reihen jemand finden möge, der der Staatsanwaltschaft Material unterbreite, das sich auf die Organisation der übrigen Parteien bezieht. Zu unserer Genugthuung führte Bebel in der Sitzung am Mittwoch im Reichstage folgendes aus: Ich werde eine Aufstellung der Organisationen der einzelnen Parteien machen und sie dem Staatsanwalt einreichen. Wenn die Herren dann auf der Anklagebank gesessen haben und verurteilt worden sind, werden auch sie wohl das Bedürfnis nach einem neuen Vereinsgesetz empfinden und hier mit uns an einem solchen arbeiten wollen. —

— Um das „deutsche Bürgerium“ aus seiner lethargie zu rütteln und anzukammern, seine Rechte zu wahren, damit es Strömungen bekämpft, welche darauf abzielen, Handel und Industrie in enge Fesseln zu schlagen, ihr Gelingen und Gelingen zu hindern, war zu vergangener Dienstag im Reichstage großes Ziel eine Verjagung einberufen, in der über den Antrag an den Reichstag gegen agrarische Uebergriffe beraten werden sollte. Um 8 Uhr war der Beginn der Verjagung angesetzt. Aus allen Ecken und Enden unjers Wahlkreises waren sie herbeigekommen die Bürger und hatten sich in dem schönen geräumigen Saal gruppiert nach Parteien und Bezirken. Als gegen 9 Uhr Herr Reichstag die Verjagung eröffnete und die Bürger aufstehende, mit ihm einzutreten in ein hoch auf den deutschen Kaiser, siehe da erhoben sich — 97 Bürger und riefen hoch, hoch! Während des Vortrags erhoben sich 18 Bürger, so daß schließlich das Auditorium aus 115 Bürgern bestand — wahrhaftig, das Bürgerium hatte sich „aufgeweckt“. Und nun begann der Vortrag: Herr Direktor Schuler-Berlin, der bei dem letzten Wahle als Kandidat der freien Wählerbewegung auf der Strecke blieb, hielt einen sehr interessanten Vortrag. Zunächst rief er sich, daß die Vertreter von Handel und Industrie in Magdeburg auf gutem Fuße leben (dieses Märchen war dem Redner von einem Journalisten angedichtet), dann besprach er die Entwicklung von Handel und Wandel, billigte die Großproduktion,

die auf massenhafte Erzeugung der Waren und demzufolge auch auf den Massenabzug angewiesen ist und gab der Hoffnung Ausdruck: daß Deutschland sich mehr und mehr emporschwingen müsse zu einem Handels-Raate erster Güte. Mit dieser Entwicklung habe sich die Landwirtschaft heute noch nicht abfinden können, welche befürchtet, daß sie von der Industrie überflügelt werde. Besonders gaben sich die Junker beeinträchtigt, welche zur Abtragung ihrer Interessen den Bund der Landwirte geschaffen haben. Die dem Bunde angehörigen Junker kämpften nicht nur um ihre Interessen, sondern auch ihre politische Stellung, die sie zu verlieren befürchteten, sobald Deutschland überwiegend Industriestaat werde, aus dem heraus Vertreter in die Parlamente und öffentliche Komitee drängen. Solange die Regierung den Junkern Gefüge gewöhne, war die Junkerpartei monarchisch bis auf die Knochen; die Schutzpolitik habe die Truppen dieser Gesellschaft gestützt. Als aber die Handelspolitik (mit der sich Redner völlig einverstanden erklärte) den Junkern die Erträge aus den Böden schmälerte, seien sie rebellisch geworden und hätten gegen die Regierung sondiert. Einige interessante Beispiele gab Redner zum Besten. Was die Junker wollten, siehe hierauf Redner ausführlich auseinander: den Antrag Kaniz und die Silberwährung. Beide Forderungen hätte aber die Regierung abgewiesen; Redner hielt sie gleichfalls für undurchführbar und widersinnig und behauptete: sie würden nur erhoben, um gewisse Leute zu jagen, die auch in Deutschland nie aussterben. Da die großen Mittel (angeblich zum Wohle der Landwirtschaft) abgelehnt sind, versuchen es die Junker mit vielen kleinen Mitteln. Als solche bezeichnete Redner das Margarinegesetz und das Borsengegesetz. Mit der Einführung eines Borsenregisters und Einlegung eines Borsenkommissars erklärte sich Redner nicht einverstanden; ihm mißfällt die „Polizeiart“. Die Aushebung des Zermühnhandels bekämpfte Redner und ging über, den Buderaktionären ihre Begehrlichkeit vor Augen zu führen. Bei der Beratung all dieser kleinen Mittel habe die Mehrheit des Deutschen Reichstages sehr wenig Sachkenntnis gezeigt — die Regierung sei bei weitem verständiger gewesen. Nach Meinung des Referenten steht die Regierung unter dem Druck der Agrarier. Da nun der Handel seinen ausreißenden Schritt gefunden habe, müsse sich seine Vertretung rühren, damit der kleinen Anzahl Leute, die Parlament und Regierung zu beeinflussen sich mühen, das Gest aus den Händen gerungen wird. Diese Mission müsse dem Bürgerium zufallen; es habe sich aufzuraffen. Wo ein Entschluß obwaltet, folge auch bald die That. Auch in Magdeburg sei ein ferngehendes liberales Bürgerium vorhanden. Die Junkerpartei wird die heutigen Zustände mit denen des Mittelalters vergleichen; neben dem Handel soll auch die Bildung herabgesetzt, eine formale Diktatur eingeführt werden. Gegen diese Agitation müsse entschieden Front gemacht werden. Es sei demzufolge in das Leben gerufen ein Schutzverband gegen agrarische Uebergriffe, dem Männer aller Berufe und Parteien angehören können, welche der Ueberzeugung sind, daß Deutschlands gegenwärtige und künftige Größe mit der fortschreitenden Entwicklung seines Handels und seiner Industrie unlosbar verknüpft ist. Da keine der gegenwärtigen Parteien die Forderungen des Schutzverbandes vertritt, ergebe sich die Notwendigkeit desselben von selbst. Auf politische Parteien wolle der Verband nicht einwirken, sondern es jedem überlassen, nach seiner Ueberzeugung zu wählen. Der Verband wolle nur den Handel schützen und das Volk aufklären. Redner hoffte, daß aus dem Verbands heraus würdigere Volksvertreter in das Parlament ziehen. Auch kam Redner am Schluß seines Vortrages auf die Arbeiterbewegung zu sprechen, und anerkannte die Selbstständigkeit der Arbeiter, obgleich sie zum Teil „in recht unglücklicher Weise“ an der Politik teilnehmen. Mit dem Wunsch, daß auch das Bürgerium in Magdeburg sich erhebe zum Schutze seiner vitalsten Interessen schloß Redner seinen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag. Den Redner eröffnete eine Diskussion anstieß. Den Redner eröffnete Albert Schmidt. Er behauptete, daß der Schutzverband die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen werde, deren Interessen Redner wahren wolle. Er erklärte sich einverstanden mit der geschichtlichen Entwicklung unseres gewerblichen Lebens und hatte zu der Schilderung der agrarischen Bewegung sehr wenig hinzuzufügen. Wenn er auch von seinem Standpunkt aus die agrarische Bewegung, an deren Spitze die Junkerpartei stehe, härter angegriffen hätte, so habe aber der Referent im allgemeinen die Situation treffend gekennzeichnet. Redner sprach seine Genugthuung aus, daß das Bürgerium aufgerufen werde zum Schutze agrarischer Uebergriffe. Nur bezweifelte Redner, daß das Bürgerium sich erheben würde — die Interessenunterschiede verbinde eine gemeinsame Mission. Reich zu werden so halb als möglich, sei die Signatur der gegenwärtigen Zeit. Jede Interessengruppe buhlt um die Gunst der Regierung und verlangt, daß die Gesetzesmaschine für sie arbeite. Heute seien es die Junker, morgen die Industriellen. Wer die Macht hat, schöpft das Fett von der Suppe, den Unterlegenen die Knochen überlassen. Redner wunderte sich, daß der Referent so schonend mit den Buderaktionären umgesprungen ist; die Thatsache, daß eine große Anzahl Männer, die die heutige Verfassung einberufen haben, deren Namen mit unter dem Anruf stehen, auch von der Vergebung genascht oder ganz erklöckliche Summen einstreichen, habe jedenfalls den Redner abgehalten, über die Begehrlichkeit der Buderaktionären zu reden. Schmidt empfahl scherzhafterweise einen Schutzverband gegen die Uebergriffe der Buderaktionären zu gründen, denn diese seien genau so begehrlich als die heute so viel angefeindeten Agrarier. Zu wesentlichen erklärte sich Schmidt mit der Kritik vorerwähnter Vorschläge einverstanden. Es wären dies Gesetze, die im wesentlichen von der gesamten linken des Reichstages bekämpft würden. Nur in Bezug auf die „Polizeiart“ und das Borsengegesetz war Schmidt anderer Meinung. Im Gegenjatz zum Referenten trat er für Einführung des Borsenregisters und Einlegung eines Borsenkommissars ein. So gut wie die Industriellen sich eine Inspektion gefallen lassen müssen, so gut könne auch die Börse unter Kontrolle gestellt werden. Was Redner über die Annäherung jener oberflächlichen Urone gesagt, wollte Schmidt unterstreichen. Neues sei freilich nicht gesagt worden. Auf die Interessententwässerung im Parlament in unserem ganzen wirtschaftlichen Leben hat ja die Sozialdemokratie

**Feuilleton.**

**Zur Erinnerung an die Kommune.**

(Fortsetzung.)

(Der Carlos vom 22. Mai.)

**Die jammarijchen Hinrichtungen.**

Der Kampf wurde aufs erbitterteste geführt am Bahnhof Montparnasse, am Croix-Rouge, an der Barrière d'Italie und am Pantheon. Diese letztere Stellung wurde von allen Seiten gleichzeitig angegriffen. Unsere Soldaten, die aus allen Straßen vorrückten, hatten bald die Kommunebewohner (Kommunen), 7-800 an der Zahl zwischen dem Pantheon, der Gewerkschaftshalle und der Kirche des Heiligen Stephan vom Berg eingeschlossen. Nicht ein Junger entging dem Gemetzel.

(Der See vom 22. Mai.)

Als die Truppen an die Saint-Sulpice-Kirche kamen, fanden sie sich vor einem Sanitäts (chirurgien-major), der ihnen sagte: „Süden Sie nicht die Unglücklichen, welche hier sind; es sind Verwundete, welche wir hier pflegen, weil es in den Ambulanzen (Hilfswagenen) an Betten fehlt.“ Die Soldaten zogen sich zurück, aber die Waghornen teilten ihnen mit, daß diese Verwundeten gerade Insurgenten wären, welche die Waffen wieder ergreifen und auf sie, die Soldaten jagen würden. Die Truppen brangen sofort in die Kirche ein, wozu sie in den Betten liegenden keine Wunden hatten und sich anstrebten (se preparerent), nach ihren Plätzen zu bringen (à savoir sur leurs foyers), und schloßen die ergeblichen Verwundeten auf den Saint-Sulpice-Platz und legten sie über die Klänge bringen.

(Hierauf, ohne Datum.)

Die Rue-Jacob (Jacobstraße) wurde bloß von 7 Insurgenten verteidigt, die sich durch eine Barrikade deckten. Von 5 Uhr morgens bis mittag dauerte der Kampf mit verschiedenen Abwechslungen. Man plünderte von beiden Seiten, ohne sich viel Leids zu thun. Um Mittag wurde die Position umgangen.

Ein Offizier, gefolgt von unseren Soldaten, stürzte (se précipita) nach der Wohnung Salvadors, der ihm ganz besonders empfohlen worden war. Er fand ihn in weißen Einjeßen (en bonnes molles), auf das Sopha hingestreckt und eine Zigarre rauchend.

„Sie sind der Bürger Salvador?“  
„Ja,“ jagte der Andere, ohne eine Miene zu verziehen.

„Nun, da Sie erndet sind, wissen Sie auch, was Ihnen bevorsteht?“

Salvador zuckte die Achseln mit ein wenig listigem Stolz. „Folgen Sie mir,“ jagte der Offizier.

Sie gingen hinunter und manchierten schweigend die Straße entlang, während der Bernarntine keine Rauchwölkchen in die Luft blies. An der Ecke der Rue Bonaparte hielt das Peloton; Salvador erblaßte ein wenig und jagte lispelnd:

„Ah, sehr wohl, ich sehe, was das bedeutet.“

Er bekräftigte sich damit, den Knoten seiner Strawatte zu binden, der immer wieder aufging, weil seine weiße und weißwollige Hand etwas zitterte. Endlich mochte er eine Anstrengung und legte zu den Soldaten, indem er seinen Hals deutete:

„Zeit hierin!“ (Was viserez ik?)

Er kniete nieder (il se prosterna) mit einem Blick beinahe, welcher der Gesellschaft eine letzte Herausforderung hinarz. Eine Salve erndet — François

Salvador, Schriftsteller und ehemaliger Direktor des Konjervatoriums, hatte aufgehört, zu leben.

(François, ohne Datum.)

An der Börse fanden heute die meisten Hinrichtungen von Insurgenten, die mit den Waffen in der Hand gefangen worden waren, statt. Man hand diejenigen, welche sich widerlegen wollten, an das Eisenstücker. Auch am Seminar Saint-Sulpice kamen Hinrichtungen vor.

(Die 73 Tage der Kommune, von Camille Rendes, S. 305 f.)

Die Portiers (Hausmänner) saßen vor den Thüren, ihre Pfeifen rauchend und erzählten aufmerksamen Gruppen von den Gefahren, denen sie entronnen, von Angeln, welche die Mattagen durchbohrt, von Insurgenten, die in die Häuser gedrungen, um sich zu verstecken. Der Eine sagte: „Ich habe drei gefunden, die sich in meinen Hof geflüchtet hatten; ich benachrichtigte einen Leutenant, er ließ sie erschießen. Aber man sollte sie nun bald wegjagen; ich kann keine Leichname in meinem Haus dulden.“ Ein anderer plauderte mit Soldaten und bezeichnete ihnen ein Haus. Vier Mann und ein Korporal begaben sich sofort nach dem betreffenden Grundstück. Eines Augenblick später hörte mein Freund Flintenschüsse. Der Portier rieb sich die Hände und kniff schelmisch die Augen zu.

(Journal des Debats vom 31. Mai.)

Der Kommandant Brunel, Mitglied der Kommune welcher am 22. Mai (soll heißen März) Befehl gegeben hatte (falsch!) auf den friedlichen Aufzug zu schießen, der durch die Rue de la Paix über den Vendômeplatz marschierte, ist am Donnerstag in einem Haus des Vendômeplatzes Nr. 24 entdeckt worden, wohin er sich geflüchtet hatte. Man fand ihn in einem Kleiderfrank. Einige Pistolenchüsse töteten ihn auf dem Fleck.

(Schluß folgt.)



